



POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Der Parlamentarische Staatssekretär

An das
Mitglied des
Deutschen Bundestages
Frau Monika Lazar
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-1117

FAX +49 (0)30 18 681-1019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 23. Juni 2010

BETREFF **Schriftliche Frage Monat Juni 2010**

HIER Arbeitsnummer 6/162

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrte Frau Kollegin!

Auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Ole Schröder

Schriftliche Frage(n) der Abgeordneten Monika Lazar
vom 15. Juni 2010
(Monat Juni 2010, Arbeits-Nr. 162)

Frage:

Wie schlüsselt sich die Gesamtzahl der rechts motivierten Gewalttaten für 2009 auf (bitte detaillierte Auflistung nach Deliktarten, Stichtag 31.01.2010, analog der Antwort auf die Schriftlichen Fragen 20 und 21 auf Bundestagsdrucksache 17/1812)?

Antwort:

Die Landeskriminalämter haben dem Bundeskriminalamt für das Jahr 2009 (Stichtag: 31. Januar 2010) insgesamt 19.468 rechts motivierte Straftaten gemeldet, darunter 959 Gewalttaten. Diese Gewalttaten schlüsseln sich auf die einzelnen Straftatbestände wie folgt auf:

Straftatbestand	Anzahl
Tötungsdelikte (§§ 211 ff. StGB)	6
- davon vollendet	1
- davon versucht	5
Körperverletzungen (§§ 223 ff. StGB)	800
Brandstiftungen (§§ 306 ff. StGB)	18
Landfriedensbruch (§§ 125 ff. StGB)	45
Gefährlicher Eingriff i. d. Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr (§§ 315 ff. StGB)	5
Freiheitsberaubung (§§ 234, 239 ff. StGB)	3
Raub (§§ 249 ff. StGB)	18
Erpressung (§§ 253, 255 ff. StGB)	6
Widerstandsdelikte (§§ 113 ff. StGB)	58
Gesamt	959



Josef Hecken

Staatssekretär

Frau
Monika Lazar, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Glinkastraße 24, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11018 Berlin

TEL +49 (0)30 20655-1500
FAX +49 (0)30 20655-4150
E-MAIL st@bmfsfj.bund.de
INTERNET www.bmfsfj.de

ORT, DATUM Berlin, den **22. Juni 2010**

Schriftliche Fragen an die Bundesregierung

hier: Arbeitsnummern 6/147 und 6/148

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

Ihre Fragen beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 6/147:

Was sind die Ergebnisse und Schlussfolgerungen des internen Hearings zu linksextremistischen Strömungen und islamistischen Ideologien, welches am 10.06.2010 im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend stattfand?

Antwort:

Ziel des Hearings am 10. Juni 2010, an dem elf bundesweit tätige Träger der politischen Bildungsarbeit teilnahmen, war es, in Ergänzung zu den bisherigen Sondierungsgesprächen Ansatzpunkte und geeignete Vorgehensweisen für pädagogische Präventionsangebote im Bereich des Linksextremismus und islamischen Extremismus für jungen Menschen zu eruieren.



SEITE 2 Ansatzpunkte für die Präventionsarbeit speziell im Themenfeld „**Linksextremismus**“ sahen die anwesenden Träger insbesondere in folgenden Bereichen:

- Stärkung des Demokratiebewusstseins, z. B. durch die Ermöglichung und Förderung eigener, lebensweltrelevanter Partizipationserfahrungen
- Stärkung der Geschichtskompetenz, z. B. durch eine pädagogisch angeleitete Auseinandersetzung mit populistischen Ideologien und die pädagogische Arbeit mit Zeitzeugen des DDR-Systems
- Stärkung der Differenzierungskompetenz z. B. durch die Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftspolitischen Fragestellungen

Als wichtige Elemente einer Präventionsarbeit im Themenfeld „**Islamischer Extremismus**“ wurden identifiziert:

- Dialogische Ansätze, die die Jugendlichen mit Menschen unterschiedlichen Glaubens/unterschiedlicher Wertorientierungen ins Gespräch bringen
- Qualifikation und Fortbildung für Pädagog/innen, die mit diesen Jugendlichen arbeiten
- Tandem - Projekte, in denen Träger der Bildungs-oder Sozialarbeit mit Akteuren aus der muslimischen Community zusammenarbeiten

Muslimische Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sollten dabei in die Arbeit eingebunden werden.

Insgesamt zeigte die Veranstaltung, dass für die Entwicklung und Umsetzung von Präventionsangeboten in den Bereichen Linksextremismus und islamischer Extremismus auf vorhandene Kompetenzen und Erfahrungen aufgebaut werden kann. Dabei gilt es, vorhandene Ansätze weiterzuentwickeln und zu spezifizieren und den besonderen Anforderungen in diesen Handlungsfeldern - etwa beim Zielgruppenzugang oder hinsichtlich des erforderlichen Kontextwissens - Rechnung zu tragen.



SEITE 3 Frage Nr. 6/148:

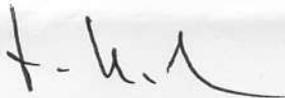
Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung aufgrund dieser Ergebnisse und Schlussfolgerungen für den Entwurf des Bundeshaushaltplanes 2011?

Antwort:

Zurzeit werden Gespräche zur Identifizierung möglicher Forschungs- und Themenfelder, Vorgehensweisen, Zielgruppen und Trägerstrukturen in den Bereichen der Prävention von Linksextremismus und islamischer Extremismus geführt. Ziel dieser Gespräche ist es, den aktuellen Diskussionstand in den Bereichen der Linksextremismus- und islamischer Extremismusprävention zu ermitteln, konkrete Forschungsvorhaben zu formulieren, Konzepte für Modellprojekte zu entwerfen sowie gemeinsame Projekte zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu eruieren. Diese Ideen wird das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter der geplanten Initiative „Demokratie Stärken“ bündeln.

Mit Blick auf die noch laufenden Arbeiten zum Entwurf des Bundeshaushalts 2011, der Ende Juni vom Bundeskabinett verabschiedet werden soll, können Einzelansätze zur Finanzierung der ins Auge gefassten Präventionsansätze derzeit noch nicht benannt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Josef Hecken



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 11018 Berlin

An den Verteiler



Dr. Sven-Olaf Obst

Referatsleiter
Referat 511
Grundsatzangelegenheiten,
Europäischer Sozialfonds

BEARBEITET VON
HANSRICHT
POSTNACHRIEFT
11018 Berlin
Glinkastr. 24, 10117 Berlin
TEL. +49 (0)3018 555-1950
FAX +49 (0)3018 555-41950
E-MAIL
INTERNET www.bmfsfj.de
ORT, DATUM Berlin, den 28.05.2010
GZ 511-1290/000

Einladung zum Hearing Linksextremismus und Islamismus

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit 2001 unterstützt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) aktiv Projekte, Initiativen und Maßnahmen für Kinder und Jugendliche, die sich für Vielfalt, Toleranz und Demokratie und damit gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus einsetzen. Dazu gehören u.a. die Programme „VIELFALT TUT GUT“ und „kompetent für Demokratie“.

Politischer Extremismus kennt aber noch weitere Formen: Neben rechtsextremistischem Gedankengut gibt es linksextremistische Strömungen und islamistische Ideologien, die gewalttätige Handlungen und antidemokratische Einstellungen anerkennen und zum Teil sogar fördern. Insbesondere Jugendliche stehen im Fokus von extremistischen Gruppierungen, die solche Ideologien vertreten. Die Bundesregierung hat erkannt, dass hier Handlungsbedarf besteht. Dies zeigt nicht zuletzt der deutliche Anstieg der politisch motivierten Straftaten im linksextremen Spektrum im Jahr 2009. Den höchsten Anstieg weist der Bereich der politisch motivierten Kriminalität links mit rd. 39,4 % auf (bei insgesamt 9.375 registrierten Straftaten).

Ziel einer umfassenden Jugendpolitik muss es daher sein, Jugendliche nicht nur vor rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Ideologien, sondern auch vor linksextremistischen und islamistischen Tendenzen in der Jugend Szene zu schützen. Die hinter diesen Ideologien und Strömungen stehende antidemokratische Haltung sowie die Ablehnung rechtsstaatlicher Grundsätze bereiten große Sorge, können aber gleichzeitig Ansatzpunkte für gezielte präventive Strategien sein.

Die jetzt eingeleiteten und noch einzuleitenden Maßnahmen des BMFSFJ auf den Gebieten des Linksextremismus und Islamismus im Rahmen der Initiative „Demokratie stärken“ setzen

Serviceleitet: 01801 90 70 50
Telefax: 03018 555-4400
E-Mail: info@bmfsfj-service.bund.de
Montag bis Donnerstag von 9.00 bis 18.00 Uhr
3,9 Cent pro angefragtem Minute aus dem Festnetz

VERKEHRSANWISUNGEN
U2-Mobiparc: Jbs, Stadthilfs, US5-Brandenb, Tor
Bus TXL, 100,200 Uhr den Linden/Friedrichstr.
S-Bahn S1, S2, S25 Brandenburg Tor



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

- 2 -



daher, ebenso wie die Programme gegen Rechtsextremismus, im präventiven Bereich an. Sie haben das Ziel, junge Menschen gegen die Verführung durch extremistisches Gedankengut stark zu machen und unsere Demokratie zu stärken.

Prävention benötigt jedoch Erkenntnisse und Wissen darüber, welche Einstiegsmotivationen Jugendliche für solche linksextremistischen und islamistischen Ideologien empfänglich machen. Darüber hinaus sind Informationen zu den Zielgruppen und sozialen Milieus inklusive Elternhaus und Gleichaltrigen unerlässlich. Hier müssen zum Teil noch Wissenslücken geschlossen werden.

Es bedarf in diesem Kontext eines engen Zusammenspiels zwischen praxisorientierten Erkenntnissen aus der Jugendbildung, Jugendarbeit und Jugendhilfe sowie wissenschaftlicher Erkenntnisse aus der Forschung.

Wir würden daher gerne mit Ihnen, als Experten im Bereich der Jugendbildung und Jugendarbeit, in einem Diskurs treten und laden Sie ganz herzlich ein, an einem internen Hearing im kleinen Rahmen teilzunehmen, um das vorhandene Wissen in den Bereichen Linksextremismus und Islamismus zu sondieren und Lücken zu identifizieren.

Das Hearing findet statt am

10. Juni 2010
von 9:30 bis ca. 13:30 Uhr
im BMFSFJ, Glinkastr. 24, Berlin

Ich würde mich freuen, wenn Sie diese Einladung annehmen würden.

Falls Sie an dem Hearing teilnehmen wollen, würden ich Sie bitten, zu den beigefügten Fragen vorab schriftlich Stellung zu nehmen und uns die Antworten bis zum **3. Juni 2010** zukommen zu lassen.

Ich wäre Ihnen zudem dankbar, wenn Sie uns ebenfalls bis spätestens zum **3. Juni 2010** mitteilen, ob Sie an dem Hearing teilnehmen werden. Bitte senden Sie Ihre Antwort an hearing@bmfsfj.bund.de.

Bei Rückfragen stehen Ihnen meine Mitarbeiterinnen unter folgenden Telefonnummern zur Verfügung: 030/18555-1915 bzw. 0228/930-2028.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Dr. Sven-Olaf Obst

Initiative „Demokratie stärken“

JUGEND FÜR DEMOKRATIE UND GEGEN EXTREMISMUS

Fragen für das Hearing

Einleitung:

Präventionsprogramme im Jugendalter, wie sie u.a. das BMFSFJ verantwortet, setzen mit pädagogischen und bildenden Mitteln vor allem im *Vorfeld* an, also bevor verfestigte Überzeugungen und Zugehörigkeiten auf Seiten der Jugendlichen und jungen Erwachsenen entstehen bzw. Straftaten begangen werden.

Vorrangig zielen die Programme darauf ab, entgegenzuwirken, dass die Mitgliedschaft in den jeweiligen extremistischen Szenen für Jugendliche attraktiv erscheint. Sie nehmen deshalb die *Einstiegs motive* in diese Szenen und die *Attraktivitätsmomente* (z.B. in Form bestimmter jugendkultureller Angebote) dieser Szenen sowie die möglicherweise im Alltag bestehenden *Affinitäten* (z.B. in Form bestimmter Geschlechterrollen und Vorurteile, diffuser anti-staatlicher Affekte u.ä.) in den Blick. Die Programme versuchen zu diesen Attraktivitätsmomenten und Affinitäten Alternativen aufzuzeigen sowie die kritische Auseinandersetzung damit zu befördern. Sie stützen glaubwürdige Gegenwelten, begleiten und beraten Opfer und Angehörige. Präventionsprogramme im Jugendalter sind deshalb im hohen Maße zielgruppenorientiert und häufig sozialraumorientiert.

Während im Bereich des Rechtsextremismus in den letzten 20 Jahren sowohl eine ganze Reihe von Forschungsprojekten als auch eine Vielzahl von Bundes- und Landesprogrammen unverzichtbare Wissensbestände und praktische Erfahrungswerte bereitstellen konnten, gilt dies für den Linksextremismus und Islamismus unter Jugendlichen nicht. Das Hearing mit Ihnen dient der Sondierung des bisher vorhandenen Wissens in diesen Bereichen.

Wir bitten Sie daher, die folgenden Fragen schriftlich zu beantworten und uns bis zum 3. Juni zu kommen zu lassen.

Fragen:

1. Wo sehen Sie in Bezug auf die beiden hier in Rede stehenden Adressatengruppen (linksextremistisch und islamistisch orientierte Jugendliche) praktische Ansätze für Präventionsprogramme? Gibt es übertragbare Strategien, Modelle, Programme oder bedarf es völlig neuer Ansätze?
2. Kennen Sie in diesem Zusammenhang Projekte und Konzepte, die Jugendliche und Eltern direkt ansprechen? Welche Erfahrungen liegen vor? Wo besteht Weiterentwicklungsbedarf? Wo bestehen Weiterentwicklungsmöglichkeiten?
3. Kennen Sie Konzepte im Bereich der Demokratieförderung, des Demokratielebens bzw. weiter gefasst der politischen Bildung, die sich an Jugendliche mit islamistischen bzw. linksextremen Orientierungen wenden? Welche praktischen Erfahrungen sind bekannt?
4. Es gibt immer wieder Hinweise, dass mediale Berichterstattungen (z.B. über den Nahostkonflikt) häufig vor allem Jugendlichen mit islamistischen Orientierungen Anlass zu spontanen Aktionen liefern und Ausgangspunkte für Radikalisierungsprozesse darstellen können. Außerdem spielen neue Medien sowohl bei Jugendlichen mit linksextremen als auch mit islamistischen Orientierungen eine wichtige Rolle.
Kennen Sie praktische Ansätze der Medienarbeit, die auf dieses Problem antworten? Welche Erfahrungen liegen vor? Wo besteht Weiterentwicklungsbedarf? Wo bestehen Weiterentwicklungsmöglichkeiten?
5. Angesichts der Tatsache, dass im Bereich des Islamismus unter Jugendlichen die Mehrheitsgesellschaft in präventiv-pädagogischer Absicht an Angehörige einer gesellschaftlichen Minderheit herantritt, stellt sich in diesem Bereich in besonderem Maße die Frage des (pädagogischen) Zugangs zu gefährdeten Jugendlichen sowie damit verbunden die Frage geeigneter Kooperationspartner innerhalb der muslimisch geprägten Community selbst.

Kennen Sie Konzepte und Projekte, die in dieser Hinsicht als vorbildhaft und innovativ gelten können? Welche Erfahrungen liegen vor? Wo besteht Weiterentwicklungsbedarf? Wo bestehen Weiterbildungsmöglichkeiten?

6. Zum Thema Schule: Kennen Sie im Rahmen von Ganztagsangeboten gezielte Angebote zum Demokratielernen, die sich speziell mit den Themenfeldern "Prävention von Islamismus und Linksextremismus" befassen?
